

**Kostenlose
Hartz-IV-Beratung bei
der LINKEN** Seite 2

**Schutz für Flüchtlinge
in Neukölln-Britz** Seite 4

**„Mietpreisbremse
jetzt einführen“**
Von Thomas Licher Seite 5

Neu-Köllnisch

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln

LINKES INFORMATIONS- UND DISKUSSIONSBLATT · DEZEMBER 2013/JANUAR 2014

Goldene Zeiten für die Reichen



Groß wie Krokodil...

Zeichnung: Klaus Stuttmann

Die Umverteilung von unten nach oben soll weitergehen. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD war gerade unterschrieben, da brüstete sich die Union damit, die von der SPD geforderten Mehrbelastungen für Besserverdienende verhindert zu haben. Es werde keine Steuererhöhungen geben, sagte die stellvertretende CDU-Vorsitzende Julia Klöckner.

Es stimmt. Die Umverteilung von unten nach oben, von arm zu reich soll in den nächsten Jahren weitergehen. Dafür wollen Union und SPD sorgen. Die Superreichen werden mit keinem Cent höher belastet. Hartz IV gilt weiter ebenso wie Rente erst mit 67.

Fakten-Check auf Seite 2



Foto: KDH

DIE LINKE Neukölln für „100% Tempelhofer Feld“:

Tempelhofer Feld für alle statt Luxusbebauung des Senats

Der Senat möchte Teile des Feldes verkaufen und bebauen lassen.

Private Investoren sollen, neben einem Gewerbegebiet und dem Prestigeprojekt einer neuen Landesbibliothek, auf der Neuköllner Seite ein Luxusviertel bauen. Das Volksbegehren will das Feld als öffentliche Erholungsfläche erhalten und die Bebauung und Privatisierung verhindern. DIE LINKE Neukölln unterstützt das Volksbegehren weil:

■ Das neue Wohnviertel wird die Mieten in Neukölln weiter hoch treiben.

■ Es sind keine Sozialwohnungen geplant! Ganz im Gegenteil: Der Senat plant ein neues „exklusives

Wohnviertel“. Kaltmieten von 14 Euro pro Quadratmeter werden angestrebt.

■ Die Pläne des Senates bedeuten Privatisierung. Damit gäbe es keine öffentliche Kontrolle mehr.

■ Der Senat verschweigt die Kosten der Bebauung. Laut einem internen Papier wird die Bebauung rund 500 Millionen Euro kosten.

■ Das Feld ist wichtig für die Versorgung der anliegenden Bezirke mit frischer Luft. Diese ökologische Funktion muss erhalten bleiben.

Inzwischen hat der Senat seine Propaganda gegen 100% Tempelhofer Feld verstärkt. Seit November steht am Tempelhofer Damm eine „Info-Box“.

Siehe Seite 8

Kündigung am Krankenbett

Ein Neuköllner Leiharbeiter berichtet aus seinem Arbeitsalltag auf Seite 3



Die Initiative „100% Tempelhofer Feld“ will bis zum 13. Januar 2014 mindestens 200.000 gültige Unterschriften sammeln, um einen Volksentscheid über die Zukunft des Tempelhofer Feldes zu erwirken. Darüber soll dann zeitgleich mit der Europawahl Ende Mai 2014 abgestimmt werden. Macht mit!

Ungerechtfertigte Bescheide mit System

Jobcenter Neukölln bei Klagen und Widersprüchen berlinweit an der Spitze

Das Jobcenter Neukölln macht einen „sehr schlechten Job“ und liegt deshalb berlinweit bei Klagen und Widersprüchen an der Spitze. Die Lohnhöhe der vermittelten Jobs ist dort oft nicht bekannt.

Das kam bei zwei großen Anfragen der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln im November zur Sprache. Gefragt wurde nach „Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide“ (Drs.: 0687/XIX) und „Vermittlung in Jobs mit sittenwidrigen Dumpinglöhnen“ (Drs.: 0689/XIX). Während in Friedrichshain-Kreuzberg nur gegen 3,8 Prozent der Bescheide Klage eingereicht wird, hat Neukölln mit 17,8 Prozent die höchste Klagequote. Christian Posselt wies in seinem Beitrag für DIE LINKE auf die hohen Zahlen in Neukölln hin und zeigte auf, dass Hartz-IV-Betroffene mit Widersprüchen und Klagen Erfolg haben. Vor dem Sozialgericht werden einem Drittel bis zur Hälfte der Klagen stattgegeben und die Jobcenter müssen dann nachzahlen. Man könne nur jedem „Klienten“ des Jobcenters raten, die ungerechtfertigten Bescheide zu prüfen und sich gegen Willkür zu wehren.



Vignette: Franz Zauleck

Acht Euro über der „Mietobergrenze“ - abgelehnt

Der Gipfel des Versagens des Jobcenters Neukölln wurde in der Antwort des Sozialstadtrats bekannt. Nachdem eine alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern über ein Jahr in Notunterkünften und Pensionen zugebracht hatte, fand sie endlich eine Wohnung. Die Wohnung wäre acht Euro über der Mietobergrenze gewesen und der Stadtrat habe das Jobcenter Neukölln angewiesen, die Mietkosten trotzdem zu übernehmen.

Das Jobcenter Neukölln verweigerte trotz Anweisung durch das Bezirksamt Neukölln die Kostenübernahme. Hier zeigt sich am deutlichsten das Totalversagen der

Leitung des Jobcenters. Von der nachhaltigen Verbesserung der Situation für die Familie ganz zu schweigen, wurde die wirtschaftlich unsinnigste Variante dem Bezirk zu Lasten des Landeskasse Berlin aufgezogen. Damit das Jobcenter hier muss das Sozialamt weiter monatlich mehrere Tausend Euro für die Unterbringung aufbringen. Zusätzlich bekommt der Bezirk für die Familie keinen Bundeszuschuss für die Kosten der Unterkunft.

In der Antwort auf die zweite Anfrage der LINKEN hieß es, dass am Jobcenter Neukölln keine Vermittlung

in sittenwidrige Löhne bekannt wäre. In seinem Redebeitrag sprach Thomas Licher jedoch zwei konkrete Beispiele an. Er gab zu bedenken, dass bei einer Vermittlung oft die Lohnhöhe dem Jobcenter nicht bekannt wäre. Häufig steht bei Lohnhöhe: „nach Vereinbarung“. Offenbar trauen sich die Jobsuchenden nicht, wegen der rücksichtslosen Anwendung des Sanktionsapparats durch das Jobcenter Neukölln, sittenwidrige Beschäftigungsverhältnisse abzulehnen und anzuzeigen. Bei einer Ablehnung eines Jobangebots droht ihnen eine 30-Prozent-Kürzung der Leistungen. RO

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratung findet statt an jedem zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle DIE LINKE.

Neukölln in der Wipperstraße 6 (S- und U-Bhf Neukölln).

Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

Goldene Zeiten für die Reichen

Umverteilung von unten nach oben soll weitergehen

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD war gerade unterschrieben, da brüstete sich die Union damit, von der SPD geforderte Mehrbelastungen für Besserverdienende verhindert zu haben.

Es stimmt. Die Umverteilung von unten nach oben soll weitergehen. Denn die Superreichen werden mit keinem Cent höher belastet. Keine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, keine Vermögenssteuer. Aber Hurra! In den Aufsichtsräten von Großkonzernen wird eine Frauenquote eingeführt. Das einzige Plus für die SPD. Sonst nur Minus. Oder „Weiße Salbe“.

Löhne werden weiterhin gedrückt. Es bleibt bei Hartz IV. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen erst nach neun Monaten den Stammbeschäftigten gleichgestellt werden. Und der von der SPD gefeierte angebliche

Mindestlohn von 8,50 Euro ist eine Mogelpackung: Bis 2017 bleiben niedrigere Tarifabschlüsse in Kraft. Danach soll es Ausnahmen geben. Niemand weiß, welche. Für Auszubildende, Saisonarbeiter und Langzeitarbeitslose? Oder generell für den Osten? Und, was werden in vier Jahren 8,50 Euro wert sein? Schon jetzt beginnt ein armutsfester Mindestlohn oberhalb von 10 Euro.

Das Renteneintrittsalter mit 67 Jahren wurde bestätigt. Denn nur wer 45 Beitragsjahre vorweisen kann, darf mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente. Aber wer kann das?

Dieser Koalitionsvertrag ist ein Nasenring, an dem die SPD von der Union durch die Arena gezogen wird. Wer ehrlich für die SPD-Forderungen im Wahlkampf war, kann jetzt nur enttäuscht beim Mitgliedervotum mit „Nein“ stimmen und sich der Opposition anschließen.

Fakten-Check:

Was ist aus den SPD-Versprechungen geworden?

8,50 Euro Mindestlohn	<input type="radio"/>
Frauenquote in Aufsichtsräten	<input type="checkbox"/>
Mehr Steuergerechtigkeit	<input type="checkbox"/>
Bekämpfung der Altersarmut	<input type="radio"/>
Bürgerinnen- und Bürgerversicherung für Pflege und Gesundheit .	<input type="checkbox"/>
Betreuungsgeld abschaffen	<input type="checkbox"/>
Adoptionsrecht für homosexuelle Partnerschaften	<input type="checkbox"/>
Doppelte Staatsbürgerschaft	<input type="radio"/>
Stromsteuer um 25 Prozent absenken	<input type="checkbox"/>
Mietpreisbremse	<input type="radio"/>
Keine PKW-Maut	<input type="checkbox"/>
Waffenexporte in Krisengebiete verbieten	<input type="checkbox"/>
Volksentscheide auf Bundesebene	<input type="checkbox"/>
Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildung	<input type="checkbox"/>
Kurswechsel in der Europapolitik	<input type="checkbox"/>

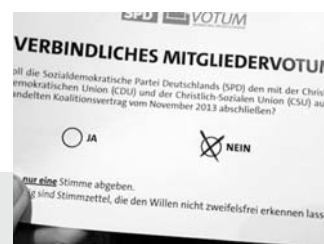




Foto: KDH

Im Jahre 2012 waren in Deutschland fast die Hälfte (49 Prozent) aller bei der Bundesagentur für Arbeit offenen Stellen in Handwerksberufen des Bauneben-gewerbes für die Zeitarbeit ausgeschrieben. Zum Bauneben-gewerbe zählen Berufsgruppen wie Maler, Schlosser, Tischler, Fußbodenleger und Elektriker. Für Maler und Elektriker waren sogar mehr als 60 Prozent der offenen Stellen Leiharbeitsstellen. Den Spitzenreiter bilden die Schlosser. Im Bauhaupt-gewerbe hingegen ist Zeitarbeit verboten. Derzeit gibt es bundesweit mehr als 800.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.

Kündigung am Krankenbett

Ein Neuköllner Leiharbeiter berichtet aus seinem Arbeitsalltag

Ich bin 46 Jahre alt, gelernter Maler- und Lackierer und wohne in Neukölln. Maler ist ein häufiger Beruf. Dementsprechend kenne ich viele Kollegen, die ebenfalls in Neukölln leben. Sie sind fast alle für Leiharbeitsfirmen tätig.

Auch auf der Arbeit begegne mir fast ausschließlich Kollegen, die nur ausgeliehen sind. Das erstaunt mich natürlich nicht sonderlich. Wenn wir uns austauschen, erzählen sie alle immer dieselben Geschichten: Wenn die Kollegen krank werden, lassen sie sich nicht krankschreiben, sondern sie opfern Stunden von ihrem Überstundenkonto. Im Sommer werden täglich zehn Stunden täglich und mehr gearbeitet, auch an Samstagen. Überstundenzuschläge gibt es nicht, auch keine Zuschläge bei Sonntagsarbeit.

Oft sehe ich abends um 20 Uhr auf dem S-Bahnhof Neukölln Handwerker, die morgens um 7 Uhr angefangen haben. Doch am Ende des Jahres ist alles erledigt – und wir Leiharbeiter müssen wieder zum Arbeitsamt gehen. Denn für die Firmen ist es einfacher, Leiharbeiter einzustellen und zu entlassen, als festangestellte Mitarbeiter über den Winter zu bringen.

Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung bin ich im Oktober 2013 krank geworden. Ich musste mich an der Leiste operieren lassen. Daraufhin wurde mir prompt gekündigt. Doch damit nicht genug: Man wollte mich auch zu einer vorgezogene Kündigung drängen. Selbst auf dem Krankenbett ließ mir die Firma keine Ruhe.

Ich ging morgens vor der Arbeit zum Arzt, der mich arbeitsunfähig schrieb und mir sagte, ich solle mich noch am selben Tag zur Anmeldung ins Krankenhaus begeben. Bevor ich das tat, rief ich in meiner Leihfirma an und meldete mich krank. Darauf folgten von dort innerhalb von 15 Minuten drei Rückrufe, die in der unverblühten Anforderung gipfelten, aus Gründen

der „Schadensbegrenzung“ eine vorgezogene Kündigung zu akzeptieren.

Meine Disponentin sagte schließlich, man würde mir gerne jemanden nach Hause schicken, um zu erläutern, wie sich so etwas ohne eine Sperrfrist beim Arbeitsamt bewerkstelligen ließe. Da ich mich noch innerhalb meiner sechsmonatigen Probezeit befand, betrug meine Kündigungsfrist nur zwei Wochen. Mit der Auflage, weiterhin telefonisch erreichbar zu sein, durfte ich dann in die Ambulanz des Krankenhauses Neukölln gehen. Seitens meiner Leihfirma bestand trotz vorhandener Krankschreibung noch immenser „Klärungsbedarf“. Alle folgenden Telefonate übernahmen jedoch dankenswerter Weise Freunde und Verwandte. Am folgenden Tag wurde ich operiert, meine Leiharbeitsfirma hielt auch weiterhin Kontakt zu mir, indem sie beim Krankenhaus Erkundigungen über meine Aufenthaltsdauer einholte.

„Wenn die Kollegen krank werden, lassen sie sich nicht krankschreiben, sondern sie opfern Stunden von ihrem Überstundenkonto.“

Leider kann ich weder meinen Namen nennen noch den der Firma, für die ich gearbeitet habe. Denn ich bin darauf angewiesen, auch in Zukunft noch Arbeit zu finden. Hinzu kommt, dass amtlicherseits kein Interesse besteht, den Zeitarbeitsfirmen auf die Finger zu schauen, egal wie die Arbeitsbedingungen sind. Denn für die Jobcenter/Arbeitsämter gilt jede Vermittlung als Erfolg, die länger als fünf Tage hält.

Schutz für Kriegsflüchtlinge

in Neukölln-Britz



Neuköllns Bürgermeister Buschkowsky redet von „Grenzen der Belastbarkeit“, aber Anwohner zeigen Verständnis für Lage der Flüchtlinge

Die Initiative „Hufeisern gegen Rechts“, in der sich Britzer Bürgerinnen und Bürger zusammengeschlossen haben, tritt entschlossen dem Treiben von Nazis in ihrem Wohngebiet entgegen und setzt sich solidarisch für die Rechte von Flüchtlingen ein. (Foto: KDH)

Voraussichtlich im März 2014 wird in Neukölln eine Sammelunterkunft für 380 Kriegsflüchtlinge in der Britzer Späthstraße eröffnet.

Zwar lehnen wir als Linke die Unterbringung in Sammellagern als integrationsfeindlich und menschenunwürdig ab. Stattdessen verbinden wir die Forderung nach Erhalt und Ausbau von bezahlbarem Wohnraum mit der Reservierung eines Prozentanteils dieser Wohnungen für Flüchtlinge.

In Neukölln stellt sich zur Zeit die politische Frage jedoch anders.

Bürgermeister Buschkowsky bremste Flüchtlingsaufnahme

Die Mehrheit von SPD und CDU in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung lehnt unter wortgewaltiger Führung von Bürgermeister Buschkowsky die Unterbringung von Flüchtlingen in unserem Bezirk ab. Immer wieder beschwor Buschkowsky in den letzten Monaten, dass der Bezirke die Grenzen der Belastbarkeit erreicht habe und der Zuzug von Flüchtlingen ihn zum Platzen bringe. Den AnwohnerInnen sei der Lärm und Schmutz, den die Sammelunterkunft mit sich bringe, nicht zuzumuten.

Verständnis für die Lage der Flüchtlinge

Doch die sehen in ihrer Mehrheit den Sachverhalt wesentlich weltoffener. Konnte Buschkowsky noch die 600 Neuköllner auf der

Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative „Hufeisern gegen Rechts“ als Ansammlung von Gutmenschen diffamieren, so scheiterte er auch auf seiner eigenen Veranstaltung vier Wochen später mit dem Versuch, die 60 anwesenden AnwohnerInnen des Baugeländes zu ablehnenden Äußerungen anzuregen. Nur wenige griffen seine Vorlagen auf, sich über bevorstehenden Lärm und zunehmende Verschmutzungsgefahr zu beschweren. Die Mehrheit zeigte Verständnis für die Lage der Flüchtlinge und forderte die Ausstattung der Unterkunft so zu gestalten, dass sie dem Ruhe- und

Schutzbedürfnis der Kriegsflüchtlinge Rechnung trägt.

Solche Bedingungen zu schaffen, daran arbeitet auch DIE LINKE. In der Bezirksverordnetenversammlung hat sie einen Antrag eingebracht, der eine entsprechende Raum- und Personalausstattung für die Unterkunft fordert. Außerdem hat sie die Frage der Integration der Kinder und Jugendlichen in die umliegenden Kitas und Schulen thematisiert. Getreu der Erkenntnis, dass es Personal und Räumlichkeiten geben muss, dass die Britzer Eltern, Kinder und Jugendlichen, aber auch die LehrerInnen und ErzieherInnen auf die

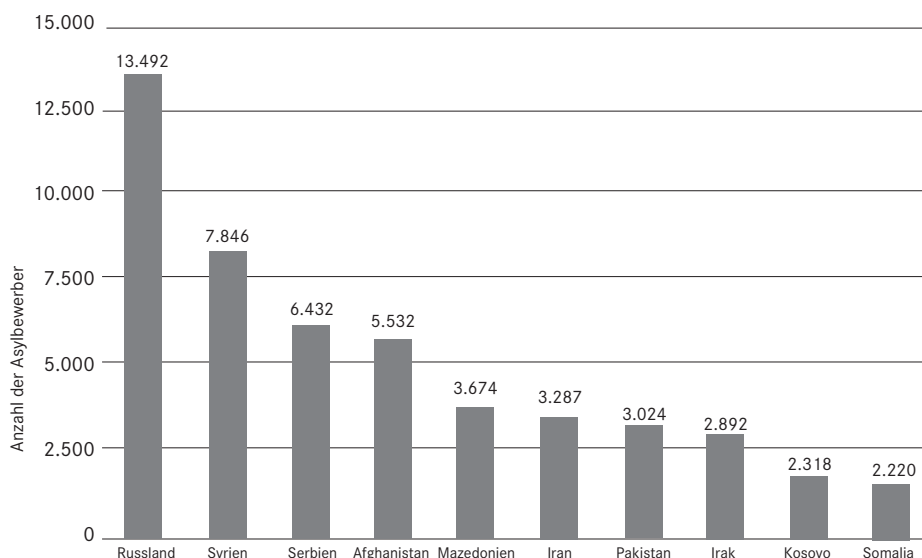
neuen BewohnerInnen vorbereitet werden müssen, damit ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis entstehen kann.

Solidarität mit den Flüchtlingen konkret organisieren

Und DIE LINKE engagiert sich in dem Unterstützerkreis für die Britzer Flüchtlingsunterkunft, der mit konkreten Maßnahmen – Deutschkurse für Erwachsene, Kleider- und Spielzeugspenden, Sport- und Spielangebote, Informationsveranstaltungen über die Heimatländer usw. – die Solidarität mit den Flüchtlingen organisieren will.

Hauptherkunftsländer von Asylbewerbern in Deutschland

1. Januar bis 30. September 2013



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



Foto: KDH

Die Gropiusstadt ist ein Beispiel für öffentlichen Wohnungsbau. Vor 50 Jahren zogen die ersten Mieter ein. Die meisten kamen aus Nord-Neukölln. Sie waren froh, den schlechten Wohnquartieren zum Beispiel am Rollberg den Rücken kehren zu können. Zentralheizung, warmes Wasser - der Wohnkomfort der 1960er Jahre. Inzwischen sind die Häuser in die Jahre gekommen, Mieten stiegen. Mit der GSW wurde eine landeseigene Wohnungsbau-gesellschaft privatisiert. Beim Jubiläum waren immer wieder Klagen über zu hohe Mieten zu hören.

Mietpreisbremse jetzt einführen

Von Thomas Licher

In den Ballungsgebieten und besonders in Berlin muss dringend eine flächendeckende gesetzliche Mietpreisbremse wirksam werden. Um den massiven und völlig ungerechtfertigten Steigerungen der Mieten entgegenzuwirken.

Mit der Festlegung der maximalen Steigerung des Mietpreises sollen die Wohnungen auch in Zukunft bezahlbar bleiben.

Der größte Teil der Berliner wohnt zur Miete und ist von Mietsteigerungen unmittelbar betroffen. Nach Angaben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sind das 86 Prozent der Berliner. Wenn „nur“ dreißig- bis vierzigtausend Wohnungen fehlen, entsteht massiver Preisdruck auf den größten Teil der Mieter der 1,9 Millionen Wohnungen in Berlin.

Wohnungsmangel treibt Wohnungsmietpreise

In Berlin fehlen neue Wohnungen, es herrscht Wohnungsmangel. Das ist die Ursache dafür, dass hier seit längeren die Mieten massiv steigen.

In ihrer Stellungnahme von Mitte Oktober 2013 räumte selbst die Bundesbank ein, dass die Wohnungs-

preise seit 2010 in den sieben größten Städten ungerechtfertigt um 25 Prozent gestiegen sind. Die höheren Kaufpreise werden von den Käufern und Immobilienunternehmen durch entsprechende Mietanpassungen auf die Mieter abgewälzt.

Trotz der Mietpreissteigerungen, gibt es bisher keinen nennenswerten Wohnungsbau in Berlin. den Hausbesitzer und Immobilienunternehmen haben offenbar kein Interesse an einer Veränderung des Wohnungsmarktes. Sie verdienen gut an der Wohnungsnot. Wenn derzeit gebaut wird, entstehen vor allen teure Luxuswohnungen.

Auch die Verantwortlichen von SPD und CDU im Senat lassen die betroffenen Menschen im Stich. Auf Landesebene ist ein Wohnraumzweckentfremdungsgesetz zwar im Mai 2013 mit Medientamtam „auf den Weg gebracht“ worden, Wirksamkeit Fehlanzeige. Und der Bezirk Neukölln macht auch nichts. Das Bezirksamt sieht in sozialer Verdrängung kein Problem und hat deshalb kein Interesse an Milieuschutz-Satzungen, die Luxussanierung verhindern könnten. Von dort ist für Mieterinnen und Mieter keine Unterstützung zu erwarten. Deshalb hilft nur, aktiv zu werden und sich in

Mieterorganisationen zu engagieren.

Eine Mietpreisbremse hilft zwar nicht gegen den Mangel an Wohnraum, kann aber unberechtigter Ausnutzung der Not von Mietern entgegenwirken.

„Wohnungsmarkt“, kein Markt wie jeder andere

Es ist ein Trugschluss, dass der „Wohnungsmarkt“ ein Markt wie jeder andere ist. Bei der Errichtung von ausreichend bezahlbaren Wohnungen versagt er stets. Rendite mit der Miete, das schließt viele Wohnungssuchende von diesem „Markt“ aus. Wohnungen gehören deshalb zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Schon in den zwanziger Jahren wurde deshalb aus den Erfahrungen des Wohnungselends in den Berliner Mietskasernen der Kaiserzeit und danach die richtigen Schlüsse gezogen. Mit der Einrichtung von mehreren „Bauhaus-Wohngebieten“, wie zum Beispiel der Hufeisensiedlung in Britz, wurde sozialer Wohnungsbau betrieben und bezahlbare Wohnraum geschaffen. Nach den Zerstörungen des zweiten Weltkriegs sind von staatlicher Seite diverse Wohnungsbauprogramme verabschiedet worden

und es wurde bezahlbare Wohnungen geschaffen. Erst vor zirka 20 Jahren hat sich der Staat aus seiner Verantwortung für den Wohnungsbau zurückgezogen und lässt die Menschen mit Wohnungsnot und steigenden Mieten allein. Mit dem Verkauf von Teil der städtischen Wohnungsbaugesellschaften wurde dies weiter verschärft.

Bezahlbare Wohnungen öffentlich fördern

Hier muss sich dringend etwas ändern. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot muss wieder der Bau von bezahlbaren Wohnungen staatlich gefördert werden. Bis der Wohnungsbau angelaufen ist und es zu einer Entspannung auf den Wohnungsmarkt kommt, sollte eine Mietpreisbremse die Mieter vor Spekulanten und Miethaien schützen.

Thomas Licher ist Dipl.-Ing. für Stadt- und Regionalplanung

DIE LINKE Berlin hat im November 2013 ihren Diskussionsstand zur Wohnungspolitik und Stadtentwicklung zusammengefasst: www.die-linke-berlin.de/die_linke/parteitage/4_Landesparteitag/3_tagung/beschluss/2/?contUId=57611

Mach mit! Informieren, diskutieren, mit den LINKEN aktiv werden!

Wenn Du im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte siehst, dann kämpfe mit der Partei DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit, für den demokratischen Sozialismus.

Kontakt: DIE LINKE.Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin

oder direkt bei Lucia Schnell, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0176 24158769, lucia.schnell@die-linke-neukoelln.de

oder Moritz Wittler, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0178 6254914, moritz.wittler@die-linke-neukoelln.de

Neu-Köllnisch · Dezember 2013/Januar 2014

www.die-linke-neukoelln.de

DIE LINKE Berlin-Neukölln

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:.....



Bei der Demonstration „Energiewende retten!“ war DIE LINKE dabei.

Votum für Energiewende

Der Volksentscheid ist vorbei. Das Quorum wurde um 0,9 Prozent verfehlt. Der Kampf um die Rekommunalisierung der Berliner Energiewirtschaft und um eine soziale, demokratische und ökologische Energiewende geht weiter.

Dabei hat das Votum der 600.000 Menschen Gewicht, die beim Volksentscheid für „Neue Energie für Berlin!“ gestimmt haben. Mit dem Energietisch geht es jetzt darum, dafür einzutreten, dass eine Berliner Netzgesellschaft im Konzessi-

onsverfahren um das Berliner Stromnetz Erfolg hat. Der Landesvorsitzende der LINKEN, Klaus Lederer, forderte die SPD auf, „sich in der Stadtwerksfrage nicht länger durch ihren Koalitionspartner ausbremsen zu lassen, sondern die vorhandenen parlamentarischen Mehrheiten für ein eigenständiges und vernünftig ausgestattetes Stadtwerk zu nutzen.“

In Neukölln hatten sich 28,1 Prozent (57.247) der 203.969 Wahlberechtigten am Volksentscheid beteiligt. Davon stimmten 48.249 (84,3 Prozent) mit JA.

Foto: DIE LINKE

Blockupy-Proteste 2014: Aktionstage im Mai

Keine ungestörte Feier für Banker

Im Mittelpunkt der Blockupy-Proteste 2014 wird die Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main stehen.

Das haben mehr als 450 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der internationalen Blockupy-Aktionskonferenz Ende November in Frankfurt beschlossen, unter ihnen Sandra Boden von der Neuköllner LINKEN.

„Das große Ereignis“ bei der EZB-Fete wird Blockupy sein

„Die EZB plant für den Herbst 2014 ein ‚großes Ereignis‘ – dieses Ereignis werden wir sein. Wir laden all diejenigen, die sich in Europa und darüber hinaus der Verarmungspolitik widersetzen, für den Herbst 2014 nach Frankfurt ein. Eine ungestörte Eröffnungsfeier wird es nicht geben“, sagte Blockupy-Sprecher Christian Linden. Da das Datum der Eröffnungsfeier noch nicht feststeht, plant das Bündnis eine Mobilisierung zum „Tag X“, wie sie unter anderem aus der Anti-Castor-Bewegung bekannt ist.

Zusätzlich zu den Protesten gegen die EZB-Eröffnung wird es im Mai 2014 dezentrale Aktionstage geben, an denen die Initiativen vor

Ort den Zusammenhang ihrer lokalen Kämpfe mit der europäischen Krisenpolitik herstellen und sich dafür eng miteinander abstimmen.

Das internationale Blockupy-Bündnis wird getragen von vielen verschiedenen Gruppen, Personen und Organisationen aus ganz Europa. Neva Cocchi aus Italien und andere Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Europa stehen für eine deutliche Transnationalisierung des Blockupy-Prozesses.

Internationale Vernetzung der Proteste gegen Verarmung

Die zweitägige Blockupy-Aktionskonferenz in Frankfurt steht in einer Reihe mit verschiedenen Treffen europäischer Bewegungen, Netzwerke und Organisationen im Herbst dieses Jahres – in Barcelona, Amsterdam, Brüssel und Rom.

Mit einer Blockade der EZB, Aktionen zivilen Ungehorsams in der ganzen Stadt und einer großen, bunten Demonstration hatten die Blockupy-Aktiven im Juni dieses Jahres bereits zum zweiten Mal ein deutliches Zeichen gegen die Verarmungspolitik der Troika gesetzt. Dagegen stand die gewaltsame, offensichtlich politisch motivierte Untergrabung der Demonstrationsfreiheit durch die Polizei.

Termine: DIE LINKE.Neukölln

Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE.Neukölln

Montag, 20.1.2014, 18.30 Uhr

in der Richardschule, Richardplatz 14, 12055 Berlin
Tagesordnungsvorschlag:

- Vorschlag für die Tagesordnung:
1. Diskussion und Beschluss zum Europawahlprogramm,
 2. Vorbereitung Europawahlkampfes in Neukölln,
 3. Auswertung Volksbegehren Tempelhofer Feld.

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 19.12.2013, 19 Uhr

Donnerstag, 9.1.2014, 19 Uhr

Donnerstag, 23.1.2014, 19 Uhr

Donnerstag, 6.2.2014, 19 Uhr

DIE LINKE, Wipperstraße 6

BO Rixdorf

Donnerstag, 12.12.2013, 19 Uhr

Donnerstag, 16.1.2014, 19 Uhr

Donnerstag, 30.1.2014, 19 Uhr

Donnerstag, 13.2.2014, 19 Uhr

DIE LINKE, Wipperstraße 6

BO Hermannstraße/BO Süd

Mittwoch, 11.12.2013, 19 Uhr

Thema: „NSA-Debatte“.

Mittwoch, 8.1.2014, 19 Uhr

Thema: „Endspurt 100% Tempelhofer Feld“.

Mittwoch, 22.1.2014, 19 Uhr

Thema: „EU und Europa“

DIE LINKE, Wipperstraße 6

BO Reuterkiez

Donnerstag, 16.12.2013, 19.00 Uhr

Offene Diskussionsrunde „Öffnung der Linken für Rot-Rot-Grüne Bündnisse auf Landes- und Bundesebene in Frage stellen“. Im "Allmende" am Kottbusser Damm 25-26.

BO 44

Mittwoch, 18.12.2013, 19 Uhr

Thema: „Dritte Generation“

Central Rixdorf, Böhmisches Straße 46

Mittwoch, 29.1.2014, 19 Uhr

Thema: Das erste Jahr BO 44 - ein „reflektierendes Anstoßen“ im Gasthaus Valentin, Hasenheide 49

AG Antifaschismus/Antirassismus

Dienstag, 10.12.2013, 18.30 Uhr

DIE LINKE, Wipperstraße 6

AG Hartz IV

Mittwoch, 11.12.2013, 17.30 Uhr

Mittwoch, 8.1.2014, 17.30 Uhr

DIE LINKE, Wipperstraße 6

Kostenlose Hartz-IV-Beratung

Mittwoch, 11.12.2013, 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 8.1.2014, 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 22.1.2014, 14 bis 16 Uhr

DIE LINKE, Wipperstraße 6

Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag und zur Vertreterversammlung zur Europawahl

Die Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag 2014/2015 und zur Wahl der Vertreter/-innen für die besondere Vertreterversammlung zur Aufstellung der Bundesliste zur Europawahl 2014 findet statt auf einer gemeinsamen Versammlung der Mitglieder im Delegiertenwahlkreis II - Neukölln und Tempelhof-Schöneberg **am Montag, 9. Dezember 2013, um 19 Uhr im Karl-Liebknecht-Haus (Rosa Luxemburg-Saal), Kleine Alexanderstraße 28 in Berlin-Mitte.**

BVV-Fraktion DIE LINKE

Bürozeiten: Montag von 16 - 20 Uhr

und Donnerstag von 10 - 14 Uhr

Telefon: 030 / 90239 - 2003

Rathaus Neukölln, Raum A 307

Öffentliche Fraktionssitzungen DIE LINKE in der BVV Neukölln

20.1., 27.1., 17.2., 24.2. jeweils

um 18 Uhr,

Rathaus Neukölln, Raum A 307

Januar-Sitzung der BVV

Mittwoch, 29.1.2014, 17 Uhr,

Rathaus Neukölln, BVV-Saal

Februar-Sitzung der BVV

Mittwoch, 26.2.2014, 17 Uhr,

Rathaus Neukölln, BVV-Saal

Weitere Termine, wie Infostände und Aktionen, im Internet:

www.die-linke-neukoelln.de oder bei Facebook: DIE LINKE. Neukölln

Am Sonntag zu Rosa und Karl

Ehrung von Rosa Luxemburg und

Karl Liebknecht am Sonntag,

12. Januar 2014, von 9.00 bis 13 Uhr

in der Gedenkstätte der Sozialisten

(Friedrichsfelde)



Foto: Franziska Lorenz-Hoffmann

Mehr Licht in die oft undurchsichtlichen Vorgänge in der EU wollen auch in der kommenden Wahlperiode des Europäischen Parlaments die Abgeordneten der LINKEN bringen.

Hinter den Kulissen der EU...

Spitzenbeamte des Bundesinnenministeriums sollen versuchen, die geplante EU-Datenschutzreform aufzuweichen und zu verzögern.

Das berichtet der „Spiegel“ Anfang Dezember unter Berufung auf Sitzungsprotokolle aus Brüssel. So sollen die mit der Datenschutzreform angezielten strengeren Regeln für den Umgang mit personenbezogenen Daten nach dem Wunsch der Bundesregierung für Behörden weitgehend nicht gelten. Damit könnten Europas Behörden künftig weiterhin umfangreich Daten über Bürger ohne deren ausdrückliche Zustimmung sammeln. Noch im Sommer hatte sich Bundeskanzlerin Merkel für eine „starke europäische Datenschutzgrundverordnung“ ausgesprochen.

DIE LINKE bereitet Europawahlkampf vor

Am 25. Mai 2014 wird das neue Parlament der Europäischen Union gewählt. Gegenwärtig beginnen die Vorbereitungen für die Entscheidung, wer künftig im Parlament in Straßburg vertreten sein wird.

Ende November hat sich der Parteivorstand der LINKEN auf einen Leitantrag für ein Europaprogramm verständigt, der in den nächsten Tagen zur Diskussion veröffentlicht wird. Die Neuköllner LINKEN werden darüber in den Basisorganisationen diskutieren. Auf der Bezirksmitgliederversammlung am 20. Januar werden dann die Argumente zusammengetragen.

Die strategische Linie für den Entwurf haben die Parteivorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping und Bernd Riexinger, in einem Brief erläutert: „Er soll eine scharfe Kritik der neoliberalen EU, der Krisenpolitik und ihrer katastrophalen Folgen für ganze Bevölkerungen und eine ganze Generation junger Men-

schen, und die Rolle der deutschen Regierung leisten. Er sollte gleichzeitig deutlich machen, dass wir für ein anderes, solidarisches Europa kämpfen; dass wir keine „anti-europäische“ Position vertreten, sondern eine, die Europa und die Mehrheit der Menschen in Europa gegen die EU verteidigen will.“

Bereits am 9. Dezember werden die Mitglieder der LINKEN aus Neukölln und Tempelhof-Schöneberg auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung ihre Delegierten für den Parteitag und die Vertreterversammlung wählen, die im Februar in Hamburg über das Europaprogramm sowie die Bundesliste der Partei DIE LINKE entscheiden werden. Der Bundesausschuss der LINKEN hat vorgeschlagen, mit der langjährigen Europaabgeordneten Gabi Zimmer aus Thüringen bzw. dem Friedensbewegungsaktivisten Tobias Pflüger aus Baden-Württemberg auf den Plätzen eins und zwei in den Europawahlkampf zu gehen.

Schnittstellen der Medien finden

Eine Woche im März 2014 bei der LiMA: Lernen, lernen, nochmals lernen

In den turbulenten Zeiten der Digitalisierung und Multi-Kommunikation wird die Linke Medienakademie (LiMA) vom 17. bis 23. März 2014 in Berlin unter dem Motto „Walls and Bridges“ die Schnittstellen zwischen klassischen und neuen Medien suchen und finden. Ein interessantes Angebot für alle, die sich für Medien interessieren und ihre Medienkompetenz verbessern wollen.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2002 bietet die LiMA Wissen – zusammen mit spannenden Debatten und der Möglichkeit, bestehende Kontakte aufzufrischen. Das LiMA-Angebot ist in Themensparten gegliedert und es finden sich für jedes Leistungsniveau passende Workshops. BASIS bietet grundlegende Wissensvermittlung für den Start in die Medienwelt. Bis zu 25 Teilnehmer/-innen erarbeiten sich Grundlagen. Wer schon erste berufliche oder andere Erfahrungen machen konnte, kann mit den AUFBAU-Workshops in einer Gruppe von 16 Menschen vorhandene Grundkenntnisse erweitern. PRO-

Workshops sind maßgeschneidert für Menschen mit mehrjähriger Erfahrung, die sich in angenehmer At-

mosphäre und einer kleinen Lerngruppe von bis zu 10 Menschen auf höchstem Lernniveau weiterbilden

wollen. Entsprechend diesen unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden wurden auch die Kostenbeiträge gestaffelt.

Für die LiMAarena werden Diskussionen, Vorträge und Präsentationen zusammengestellt. Die LiMAarena ergänzt das Weiterbildungsangebot an jedem LiMAwerkstatt-Tag. Das LiMAarena-Programm steht den Teilnehmer/-innen der LiMAwerkstatt und auch allen anderen Interessierten offen.

Das aktuelle Programm der LiMA 2014 kann im Internet auf www.lima14.de durchgeblättert werden. Hier sind auch die Workshops buchbar. So können von den Organisatoren schneller Wünsche erkannt und bei starker Nachfrage Zusatzworkshops zur gleichen Zeit organisiert werden. Für die LiMAarena werden Diskussionen, Vorträge und Präsentationen zusammengestellt. Die LiMAarena ergänzt das Weiterbildungsangebot an jedem LiMAwerkstatt-Tag. Das LiMAarena-Programm steht den Teilnehmer/-innen der LiMAwerkstatt und auch allen anderen Interessierten offen.

Zeichnung: Gerhard Seyfried

Neu-Köllnisch

Dezember 2013/Januar 2014

Neu-Köllnisch wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE, Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 2.500

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Wipperstraße 6, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-6 13 59 19

Bankverbindung:
DIE LINKE, Neukölln,
Berliner Bank
IBAN: DE16 10070848052560780 1

Redaktionsschluss: 3.12.2013
Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 25.1.2014

Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Ansicht des Heraus-
gebers entsprechen.

Auf ein Wort: NPD-Verbot

Am 3. Dezember haben die Bundesländer beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das Verbot der NPD beantragt. Wenn sie diesmal Erfolg haben, dann verschwindet zwar diese Partei – nicht jedoch die Nazis mit ihrer menschenverachtenden Theorie und Praxis, ihr Rassismus und Antisemitismus. Das verlangt vielmehr Wachsamkeit und Entschlossenheit aller Demokraten, den Nazis entgegen zu treten. Der letzte Versuch, die NPD zu verbieten, war vor 10 Jahren gescheitert. Auf allen Ebenen dieser Partei zogen V-Leute des „Verfassungsschutzes“ die Fäden. Wie inzwischen bekannt ist, waren einige davon die die NSU-Mordserie verwickelt. KDH



Spurensuche der Neuköllner Arbeiterbewegung bei einem Stadtrundgang mit Werner Gutsche.

„Da müsst ihr euch mal drum kümmern“

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten erinnert am 16. Dezember an den Neuköllner LINKEN und Mahner gegen Neofaschismus Werner Gutsche. Er galt als „das lebende Archiv der Neuköllner Arbeiterbewegung“. Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr im Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72 in Friedrichshain.

Neu-Köllnisch · Dezember 2013/Januar 2014



Foto: 100%THF

So kennen und lieben viele Berlinerinnen und Berliner ihr Tempelhofer Feld. Um es zu erhalten ist es notwendig, jetzt das Volksbegehren „100% Tempelhofer Feld“ zu unterstützen. Jetzt unterschreiben und mitsammeln!

Rote Senatsbox gegen 100% Tempelhofer Feld

Alarmstufe ROT im Senat wegen Volksbegehren

Das Volksbegehren „100% Tempelhofer Feld“ beunruhigt den Berliner Senat. Ende November wurde eine Infobox „Schaustelle Wohnen“ aufgestellt.

Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen die Senatspläne für die Wohnbebauung auf dem Tempelhofer Feld. Ergänzende Informationen gibt es über die Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB), das Regenwassermanagement rund um das geplante Wasserbecken sowie über die archäologischen Grabungen.

Michael Müller, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt (SPD), behauptet anlässlich der Pavillonöffnung: „In dem aktuell laufenden Volksbegehren werden – wissentlich oder nicht – falsche Be-

hauptungen aufgestellt.“ Dem wolle er entgegentreten. So sei angeblich nur eine „behutsame Randbebauung“ geplant. Im Quartier Tempelhofer Damm seien bis zu 1.700 Wohnungen geplant, wobei zwei städtische Wohnungsbau-gesellschaften und eine Genossenschaft mindestens 50 Prozent bezahlbaren Wohnraum zwischen 6-8 Euro/qm für kleine und mittlere Einkommen errichten würden. Auch studentisches Wohnen sei geplant. Ausgeblendet in Müllers Stellungnahme sind die Planungen für die Neuköllner Seite des Feldes. Stattdessen redet er von neuen Rad- und Fußwegen, um die Kieze besser anzubinden und die Freizeitmöglichkeiten auf dem Feld zu erhöhen sowie von

neuen Bildungseinrichtungen, einer Schule, Kitas und Sportflächen.

Was von Michael Müllers Einlassungen zu halten ist, kann jederzeit auf der Internetseite der Initiative „100% Tempelhofer Feld“ überprüft werden: www.thf100.de. Dort gibt es auch Listen für die Unterschriftensammlung bis zum 13. Januar 2014. Bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe wurden 80.100 Unterschriften abgegeben. DIE LINKE Neukölln hat mit Grünen und Piraten einen gemeinsamen Schlusspunkt vereinbart.

Der Infopavillon „Schaustelle Wohnen“ befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Haupteingang Tempelhofer Damm und ist täglich von 9 bis 17 Uhr geöffnet.

An den Grenzen – Lampedusa

Galerie Olga Benario zur europäischen Flüchtlingspolitik

Nicht erst seit dem Unglück von Lampedusa mit mehr als 300 Opfern ist das Mittelmeer zum Massengrab für Flüchtlinge geworden.

Seit 1988 sind mehr als 19.000 Menschen an den Außengrenzen der EU ertrunken. Insbesondere die italienische Mittelmeerinsel ist zum Sinnbild einer inhumanen EU Asylpo-

litik geworden. Im Mai 2011 besuchte die Europaabgeordnete Dr. Cornelia Ernst zwei Auffanglager in Lampedusa. Während des Aufenthaltes entstanden dokumentarische Fotografien, die die Lebensrealität der Flüchtlinge und die Zustände in den Lagern zeigen.

Am 12. Dezember wird der Dokumentarfilm „Into the Fire. The Hidden

Victims“ gezeigt über die aktuelle Situation der Flüchtlinge in Griechenland von Kate Mara und Guy Smallman. Am 19. Dezember folgt „Nicht verzeichnete Fluchtbewegungen oder Wie die Juden in der West-Eifel in die Freiheit kamen“ von Dietrich Schubert.

Beginn jeweils um 19.30 Uhr in der Richardstraße 104, 12043 Berlin.

www.die-linke-neukoelln.de

DIE LINKE Berlin-Neukölln